

| | |
|---|---|
| Arbeitskosten: | |
| Billige Dienstleistungen – Industrie profitiert | 2 |
| Verteilung: Gewinneinkommen auf Rekordhoch | 3 |
| Gesundheitsreform: | |
| Versicherungspflicht – Die Lücke schließt sich | 4 |
| Finanzpolitik: Konjunkturprogramm – aber richtig | 5 |
| Kündigung: Meist geht's ohne Rechtsstreit | 6 |
| Arbeitszeit: | |
| Viele Mütter arbeiten kürzer, als sie möchten | 7 |
| TrendTableau | 8 |

ARBEITSKOSTEN

Exportorientierung wird zur Hypothek

In Deutschland entwickeln sich die Arbeitskosten weiterhin viel schwächer als in den Nachbarstaaten, zeigt eine neue Studie des IMK.* Bislang hat das dem Export genützt. Die globale Wirtschaftskrise dürfte nun allerdings hierzulande besonders stark durchschlagen.

Im vergangenen Jahr sind die Arbeitskosten in der deutschen Privatwirtschaft erneut geringer gestiegen als in den übrigen europäischen Ländern: In Deutschland betrug die Zuwachsrate der Arbeitskosten im Vergleich zum Vorjahr lediglich 1,2 Prozent. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion kamen insgesamt auf 2,6 Prozent, die gesamte EU auf 3,7 Prozent. Diese Entwicklung dürfte sich 2008 fortgesetzt haben, prognostiziert das IMK.

Auf die deutschen Exporte haben sich die unterdurchschnittlichen Arbeitskostenzuwächse vorteilhaft ausgewirkt. Gesamtwirtschaftlich haben sie das Wachstum aber eher gebremst: Länder mit vergleichbaren Arbeitskostenniveaus, aber höheren Zuwachsraten wie beispielsweise Großbritannien und Frankreich sind in den vergangenen zehn Jahren weitaus stärker gewachsen als Deutschland.

Bei extrem niedrigen Lohnzuwächsen verzeichnet die Bundesrepublik auch die vergleichsweise schlechteste Entwicklung bei der Beschäftigung. Der Grund: Nicht ein geringer Arbeitskostenzuwachs, sondern ein starkes Wirtschaftswachstum sorgt für mehr Jobs, so die Wirtschaftsforscher.

Höhere Lohnzuwächse und die bessere Beschäftigungsentwicklung gehen in der Regel auch einher mit einem kräftigeren Anstieg des privaten Konsums. Denn wenn die Arbeitskosten steigen, entwickeln sich auch die Einkommen der Beschäftigten entsprechend.

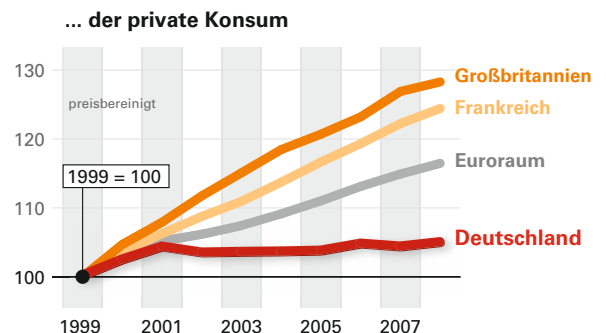
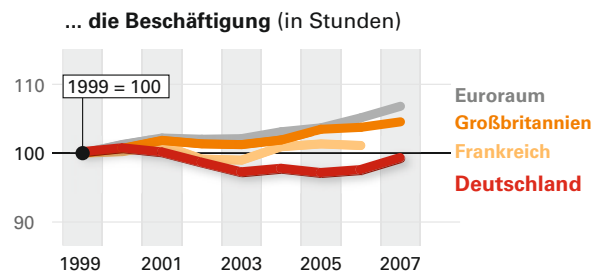
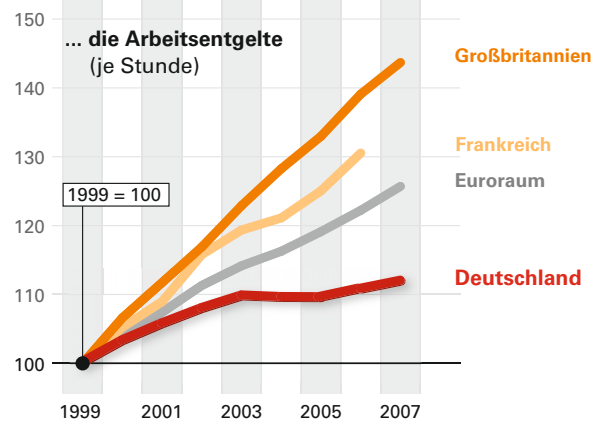
„Angesichts der globalen Rezession im Zuge der Finanzkrise dürfte noch deutlicher werden, dass die starke Konzentration auf ein Export getriebenes Wachstum riskant ist“, folgert das IMK. Die niedrigen Lohnsteigerungen der vergangenen Jahre erwiesen sich jetzt als Belastung, da sie Deutschland besonders abhängig von der Weltwirtschaft gemacht haben. „Eine kräftigere Binnennachfrage, auf die es jetzt um so mehr ankäme, wurde dadurch verhindert.“

* Quelle: Heike Joebgies, Camille Logeay, Dominique Peters, Sabine Stephan, Rudolf Zwiener: Deutsche Arbeitskosten steigen im europäischen Vergleich nur gering – Auswertung der aktuellen Eurostat-Statistik, IMK Report Nr. 34 November 2008

Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Leistungsvergleich in Europa – Deutschland bleibt Schlusslicht

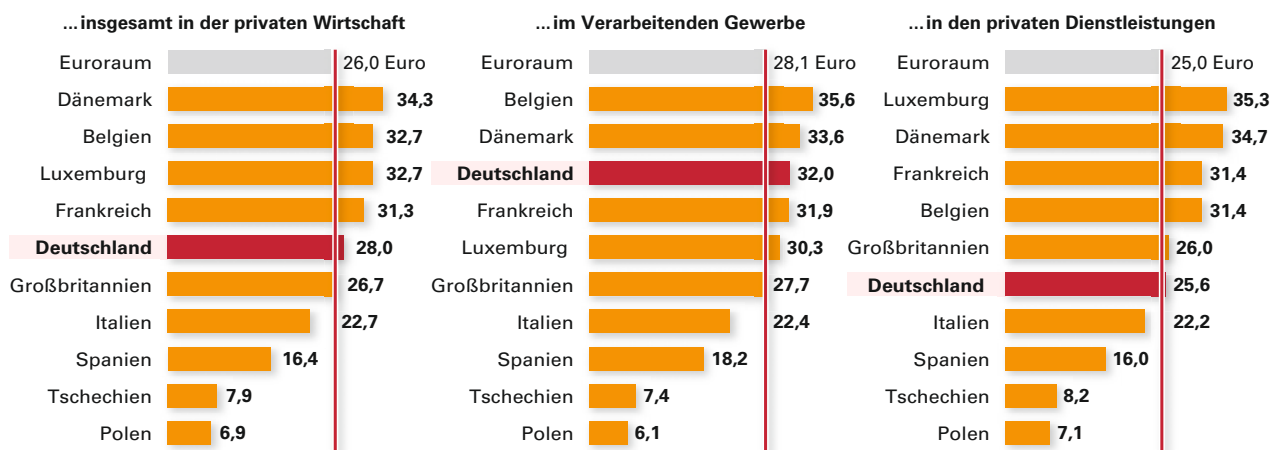
Seit 1999 entwickelten sich ...



Arbeitsentgelte und privater Konsum in jeweiliger Währung berechnet
Quellen: Ecwin, Eurostat 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

Deutsche Arbeitskosten bleiben moderat

So viel kostete 2007 eine Arbeitsstunde in Euro...



Quelle: Berechnungen des IMK auf Basis von Eurostat 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

ARBEITSKOSTEN

Billige Dienstleistungen: Industrie profitiert

Die Arbeitskosten der deutschen Privatwirtschaft liegen im europäischen Mittelfeld. So das Ergebnis einer neuen Auswertung von Eurostat-Daten.*

Zum dritten Mal hat das IMK die aktualisierten Eurostat-Arbeitskostenstatistiken ausgewertet – und so die Arbeitskosten in Deutschland mit denen anderer europäischer Länder verglichen. Für ihre Auswertung zogen die Forscher die Daten aller alten EU-Mitglieder heran – mit Ausnahme Irlands, für das keine Arbeitskosten je Stunde vorliegen. Hinzu kamen die vier großen EU-Neulinge Slowenien, Tschechien, Ungarn und Polen. Mit durchschnittlichen Arbeitskosten von 28 Euro je Stunde liegt Deutschland 2007 im privaten Sektor auf Platz 8 von 18 und rangiert damit weiterhin im Mittelfeld.

Ein differenziertes Bild ergibt sich beim Blick auf die einzelnen Wirtschaftssektoren: Da belegt Deutschland mit seinen Arbeitskosten im **Verarbeitenden Gewerbe** Platz vier – und gehört so auch 2007 zur großen Gruppe der Hochlohnländer. Sie umfasst die nordischen Länder, die Benelux-Staaten, Deutschland, Frankreich und Österreich. Deren Arbeitskosten betragen zwischen 29 und 36 Euro je Stunde. Im **Dienstleistungssektor** entsprechen die deutschen Arbeitskosten mit 25,60 Euro je Stunde nur etwa dem Durchschnitt des Euroraums. Wie im vergangenen Jahr erreicht Deutschland in der Rangfolge der europäischen Länder hinter den Benelux-Staaten, den skandinavischen Ländern, Frankreich, Österreich und Großbritannien lediglich Platz zehn.

In einer modernen Volkswirtschaft sind Industrie und Dienstleistungen eng verzahnt. Daher zeigt die umfassende Auswertung des IMK ein realistisches Bild von Deutschlands Position im europäischen Wettbewerb. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) berechnet dagegen lediglich die Arbeitskosten der deutschen Industrie – und kommt so zu ganz anderen Einschätzungen. Zwar relativiert das IW seine Ergebnisse, indem es in einer Zusatzrechnung die Vorleistungs-

verflechtung der Industrie mit dem günstigeren Dienstleistungssektor zu berücksichtigen versucht. Damit kommt es auf einen Kostenvorteil für das Verarbeitende Gewerbe von 1,12 Euro pro Stunde. Wie die Anwendung des Input-Output-Modells des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle jedoch zeigt, unterschätzt das IW die tatsächlichen Kosteneinsparungen deutlich. **Bezieht man die gesamte Vorleistungsproduktion ein, so liegen die Einsparungen für die Industrie bei über 3 Euro pro Stunde.**

„Der Unterschied ist so groß, dass er für sich genommen eine erhebliche Verbesserung der Wettbewerbsposition der deutschen Industrie bewirkt“, so das IMK. Zwar haben viele europäische Länder bei den Dienstleistungen geringere Arbeitskosten als in der Industrie – und damit insgesamt ebenfalls eine günstigere Konkurrenzsituation. In einigen Staaten liegen die Arbeitskosten für Dienstleistungen allerdings über denen des Verarbeitenden Gewerbes. Vor allem aber ist in keinem anderen Land der Abstand zwischen den Arbeitskosten in Industrie und Dienstleistungen so groß wie in Deutschland. Sprich: Nur unter Einbeziehung aller Arbeitskosten lässt sich Deutschlands Wettbewerbsposition tatsächlich ermessen. „Vor diesem Hintergrund wird deutlich, wie irreführend der direkte Vergleich von Arbeitskostenniveaus einzelner Sektoren zwischen Ländern sein kann“, so die Forscher.

Bei den Dienstleistungen fällt besonders auf, dass in der gesamten EU die Arbeitskosten je Stunde in der Finanzbranche überall höher sind als in der Privatwirtschaft insgesamt. In Deutschland weist der Finanzsektor mit 38,50 Euro pro Stunde im Jahr 2007 fast die höchsten Arbeitskosten im Vergleich zu allen anderen Branchen auf. Auch im Vergleich zur gut dotierten Industrie sind die Arbeitskosten bei Banken und Versicherungen um etwa 20 Prozent höher. ◀

* Quelle: Heike Joebges, Camille Logeay, Dominique Peters, Sabine Stephan, Rudolf Zwiener: Deutsche Arbeitskosten steigen im europäischen Vergleich nur gering – Auswertung der aktuellen Eurostat-Statistik, IMK Report Nr. 34 November 2008

Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

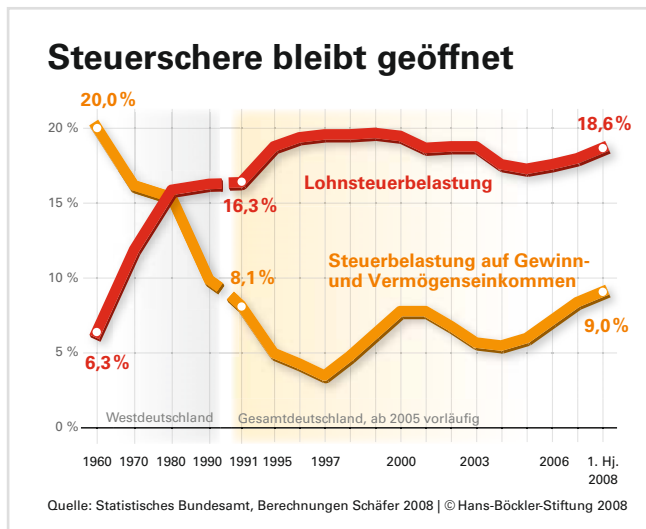
Gewinneinkommen auf Rekordhoch

Die Gewinnquote am Volkseinkommen hat einen neuen Höchststand erreicht, der Anteil der Arbeitseinkommen sank selbst im Aufschwung.

Der Abschwung löst den Aufschwung abrupt und dramatisch ab. Die Bezieher verschiedener Einkommensarten gehen mit unterschiedlichen Voraussetzungen in die wirtschaftlich schwierige Zeit, zeigt der neue Verteilungsbericht des WSI.* Die Einkommen aus Gewinnen und Vermögen sind brutto wie netto noch einmal gestiegen und erreichen einen historischen Spitzenwert: 2007 machten sie netto 34 Prozent des privat verfügbaren Volkseinkommens aus, im ersten Halbjahr 2008 waren es 35,8 Prozent. 1960 hatte diese Einkommensart, die überwiegend einem relativ kleinen Personenkreis zufließt, noch einen Anteil von 24,4 Prozent, 1990 waren es 29,8 Prozent. Besonders stark wuchsen dabei zuletzt die Unternehmensgewinne.

Dagegen hat selbst der Aufschwung in seiner Spätphase den langjährigen Schwund beim Kaufkraftpotenzial der Arbeitseinkommen nicht umgekehrt: Die Lohnquote ging brutto weiter zurück. Netto – nach Abzug von Steuern und Beiträgen – stieg sie 2007 zwar im Vorjahresvergleich etwas an – auf 41,2 Prozent. Sie ist jedoch im ersten Halbjahr 2008 mit 39,3 Prozent bereits wieder unter das Niveau von 2006 gesunken, als es 40,6 Prozent waren. Vor 1990 erreichte sie jahrzehntelang noch über 50 Prozent. Angesichts dieser Zahlen sieht WSI-Verteilungsexperte Claus Schäfer große Probleme für die Konjunktur: „Die unterentwickelte Binnennachfrage wird die nachlassende Auslandsnachfrage nicht kompensieren können. Auch deshalb werden die hohen Gewinne nicht in reale Anlagen reinvestiert.“

Eine Verteilungs-Trendwende im Aufschwung ist nach Schäfers Analyse ausgeblieben – trotz relativ guter Arbeitsmarktzahlen. Ein Grund: Viele der neuen Stellen sind eher schlecht bezahlt, die Zahl der Menschen mit Niedriglöhnen nahm absolut weiter zu. Die relative Armutsquote nach EU-Definition ist zwar 2006 erstmals seit langem etwas gesunken. Aber andere Verteilungsmaße belegten auch „mitten im Aufschwung“ eine anhaltende Ungleichheitsproblematik, die

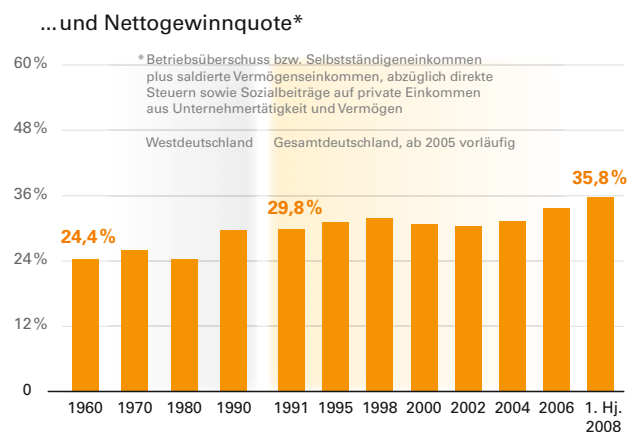
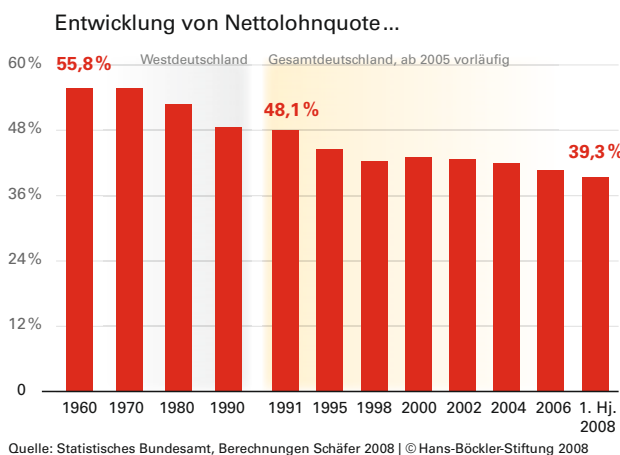


der Abschwung weiter verschärfen werde, so Schäfer.

Die Bundesregierung setze dem Trend zur Ungleichheit wenig entgegen; die Steuer- und Abgabenpolitik verstärke ihn noch. So seien die direkten Steuern auf Gewinn- und Vermögenseinkommen parallel zu den Rekordgewinnen zwar auf ein „lange nicht erreichtes Niveau“ gestiegen. Doch auch das bleibt niedrig: neun Prozent – und damit weniger als die halbe Lohnsteuerlast auf Arbeitseinkommen. Gemessen am gesamten Steueraufkommen machten Steuern auf Gewinne und Vermögenserträge lediglich ein gutes Fünftel des gesamten Steuervolumens aus – Anfang der 60er-Jahre lag der Anteil noch bei einem guten Drittel. Die letzten Reformen bei Unternehmen-, Erbschaft- und Abgeltungsteuer sorgten hier für weitere Entlastung, erklärt Verteilungsforscher Schäfer. Dagegen komme die Einführung von Mindestlöhnen nicht voran. Und staatliche Investitionen in Bildung oder Infrastruktur blieben „unterdimensioniert, halbherzig oder bloße Absichtserklärungen“.

* Quelle: Claus Schäfer: Heilt die Finanzmarktkrise auch die Verteilungspolitik? WSI-Verteilungsbericht 2008, in: WSI-Mitteilungen 11/2008
 Download unter www.boecklerimpuls.de

Stetig sinkender Anteil der Arbeitseinkommen



Versicherungspflicht: Die Lücke schließt sich

Ein Erfolg der Gesundheitsreform: Die Zahl der Menschen ohne Krankenversicherung ist zuletzt deutlich gesunken. Trotzdem bleiben Hürden. Und ohne konsequente staatliche Kontrolle der neuen Versicherungspflicht drohen den Kassen wachsende Beitragsausfälle.

Knapp 120.000 Menschen, die zuvor nicht krankenversichert waren, haben zwischen April 2007 und September 2008 wieder Versicherungsschutz gefunden. Das haben Professor Stefan Greß, Anke Walendzik und Professor Jürgen Wasem in einer neuen, von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Untersuchung ermittelt.* Damit zeigen die ersten beiden Stufen der allgemeinen Versicherungspflicht in Deutschland Wirkung: Im 1. Quartal 2007, unmittelbar bevor die neue Regelung in Kraft trat, lebten in der Bundesrepublik rund 211.000 Menschen ohne Absicherung im Krankheitsfall. Und seit Mitte der 90er-Jahre war die Zahl der Nicht-

für den Höchstbeiträge festgesetzt und Risikozuschläge ausgeschlossen sind.

Schwieriger Zielkonflikt. In ihrer Zwischenbilanz sprechen Greß, Walendzik und Wasem von einem „Teilerfolg“ der Versicherungspflicht: „Mehr als die Hälfte der im ersten Quartal 2007 nicht versicherten Personen hat bis September 2008 wieder Versicherungsschutz erhalten.“ Dass bei den Forschern trotz solcher Fortschritte eine gewisse Zurückhaltung mit-schwingt, hat zwei unterschiedliche Gründe. Die Wissenschaftler beschreiben sie als Teile eines schwer zu lösenden Zielkonflikts „zwischen möglichst barrierefreiem Kranken-

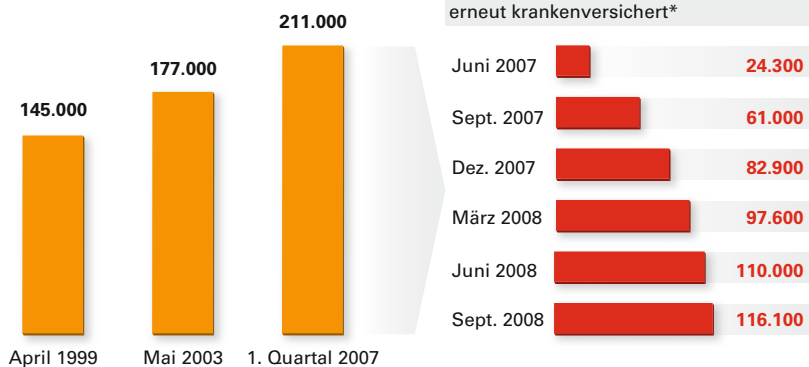
versicherungsschutz und dem Schutz der Versichertengemeinschaft vor Missbrauch“. Denn einerseits werden nach wie vor potenzielle Versicherte abgeschreckt: Etwa durch Nachzahlungen, die nach einem verspäteten Eintritt in die GKV fällig werden – rückwirkend zum Beginn der Versicherungspflicht am 1. April 2007 – vor allem aber durch relativ hohe Prämien und Karenzzeiten in der PKV. Davon betroffen sei gerade „eine zentrale Risikogruppe für Nichtversicherte, nämlich die so genannten kleinen Selbstständigen ohne vormaligen gesetzlichen Krankenversicherungsschutz“, betonen die Forscher. Andererseits melden die gesetzlichen Krankenkassen bereits Beitragsausfälle in Millionenhöhe durch säumige Neu-Versicherte. Weil ein Aufnahmeanspruch besteht

und Kündigungen wegen Beitragsrückständen kaum möglich sind, werden „individuelle Optimierungskalküle“ auf Kosten der Versichertengemeinschaft attraktiver: So könnten manche Nichtversicherte erst dann Versicherungsschutz suchen, wenn sie gesundheitliche Beschwerden haben – oder freiwillig Versicherte die Beitragszahlungen einstellen, wenn es finanziell eng wird.

Zwiespältige Erfahrungen aus dem Ausland. In den Niederlanden und der Schweiz gilt die Versicherungspflicht schon länger. Auch dort hat die an sich sinnvolle Reform Nebenwirkungen offenbart, zeigen die Forscher. In den Niederlanden wurde die Einhaltung der Anfang 2006 eingeführten Versicherungspflicht zunächst nicht überprüft – so wenig wie derzeit in Deutschland. Im Jahr 2007 stagnierte die Zahl der Nichtversicherten, während die der säumigen Versicherten deutlich wuchs. Dabei spielte nach Analyse von Greß, Walendzik und Wasem noch ein weiterer Faktor eine Rolle: Seit der Gesundheitsreform 2006 müssen die niederländischen Versicherten die Hälfte ihrer Beiträge in Form einer einkommensunabhängigen Pauschalprämie bezahlen – zuvor waren es lediglich 20 Prozent. „Durch die Ausweitung des einkommensunabhängigen Beitragsanteils scheinen – trotz paralleler

Trendwende bei Nicht-Versicherung

Ohne Krankenversicherung lebten in Deutschland im ...



Quelle: Statistisches Bundesamt, BMFG 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

* Schätzung Greß, Walendzik, Wasem 2008

Versicherten kontinuierlich gewachsen, wie die Gesundheitsökonominnen an der Hochschule Fulda und der Universität Duisburg-Essen 2005 in einer Vorläuferstudie herausgearbeitet hatten.

Pflicht für beide Seiten. Die große Koalition hat die Versicherungspflicht als Reaktion auf diese Tendenz in ihr „GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz“ aufgenommen. Sie bindet Bürger und Versicherer gleichermaßen: Alle Einwohner der Bundesrepublik werden gesetzlich verpflichtet, eine Krankenversicherung abzuschließen. Das gilt jetzt schon für alle Menschen, die sich in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) versichern müssen, also für die meisten Arbeiter und Angestellten. Ab Januar 2009 wird die Versicherungspflicht auch auf die potenziellen Versicherten der Privaten Krankenversicherung (PKV) ausgedehnt, etwa Selbstständige und Beamte. Im Gegenzug müssen die Versicherer Barrieren abbauen, die es erschweren, Versicherungsschutz zu bekommen oder zu behalten. Die Kassen der GKV können nun beispielsweise den Vertrag mit säumigen Zahlern nur noch sehr schwer kündigen. Auch die Privatversicherungen müssen ihre – generell höheren – Zugangshürden zum Teil absenken. Sie sind verpflichtet, Versicherungswilligen einen Basistarif anzubieten,

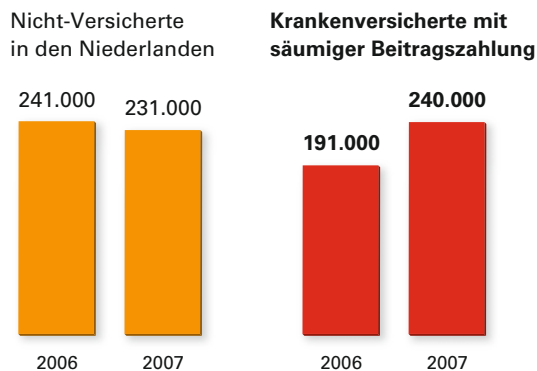
Einführung eines steuerfinanzierten Zuschusses – insbesondere Personen mit niedrigem Einkommen finanziell überfordert zu werden“, schreiben die Gesundheitsökonominnen.

In der Schweiz wird die seit 1996 geltende Versicherungspflicht streng überprüft. Gemeinden gleichen Melderegister und Daten der Krankenkasse ab, Versicherungsunwillige können zwangsweise versichert werden. Formaljuristisch gibt es daher keine Eidgenossen ohne Versicherungsschutz. Doch tatsächlich ist das Problem auch in der Schweiz eher verschoben als vollständig gelöst: Eine wachsende Zahl von Versicherten unterliegt der so genannten „Leistungsstrierung“: Weil sie mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, haben sie keinerlei Anspruch auf Versicherungsleistungen, ein Zwangsvollstreckungsverfahren läuft. Erst wenn darin offiziell festgestellt wird, dass die säumigen Versicherten zahlungsunfähig sind, springt der Staat bei den Versicherungsprämien ein. Bis dahin können 8 bis 24 Monate vergehen.

Auf Basis der Erfahrungen im In- und Ausland sehen die Gesundheitsökonominnen aus Essen und Fulda zwei zentrale Ansatzpunkte, um die Versicherungspflicht in Deutschland effektiver zu machen:

- ▶ Weiterer Abbau von Barrieren. So sollte in der GKV auf die Nachforderung rückständiger Beiträge seit Beginn der Versicherungspflicht verzichtet werden. In der PKV befürworten die Wissenschaftler für den Basistarif ein gesetzliches Verbot von Wartezeiten, bis der Versicherungsschutz gilt.
- ▶ Konsequente Überwachung der Versicherungspflicht, etwa durch einen Abgleich von Meldedaten und Versichertenlisten. Als ultima ratio müsse die kontrollierende Behörde die Möglichkeit zur Zwangsversicherung haben.

Niederlande: Viele säumige Zahler



Quelle: Statistics Netherlands 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

Auch säumige Versicherte müssen nach Analyse der Wissenschaftler mit Sanktionen rechnen. Diese dürften aber nicht dazu führen, dass der Versicherungsschutz komplett verloren geht. Die nach dem Gesundheitsreformgesetz der Großen Koalition bereits geltende Regelung sehen die Forscher als „sachgerechten Kompromiss“: Das Gesetz sieht vor, dass bei fortlaufendem Beitragsverzug das Versicherungsverhältnis ruht, Patienten mit akuten Schmerzen oder in Notfällen aber auf Kassenkosten behandelt werden. ◀

* Quelle: Stefan Greß, Anke Walendzik, Jürgen Wasem: Auswirkungen der Regelungen des GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes auf Nichtversicherung im deutschen Krankenversicherungssystem, Expertise für die Hans-Böckler-Stiftung, Fulda/Essen Oktober 2008
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Finanzpolitik

Konjunkturprogramm – aber richtig

Das Konjunkturpaket der Bundesregierung ist zu klein und setzt falsche Schwerpunkte. Dabei gäbe es genug Spielraum für ein angemessenes Programm.

Eine koordinierte europäische Initiative zur Unterstützung der Konjunktur ist nach Analyse des IMK-Finanzexperten Achim Truger und des Berliner Finanzwissenschaftlers Dieter Vesper der richtige Weg: Durch ein entschlossenes fiskalpolitisches Gegensteuern aller EU-Staaten könne die Effektivität nationaler Konjunkturprogramme deutlich gesteigert werden – vorausgesetzt natürlich, Volumen und Struktur der einzelnen Pakete stimmen. Die bislang von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen sind allerdings unzureichend, so die Forscher.

Nach den Berechnungen der beiden Ökonomen wendet der Staat in den kommenden bei-

den Jahren rund 11 Milliarden Euro für das Programm auf: knapp 4 Milliarden 2009 und gut 7 Milliarden 2010. „Viel zu wenig, um spürbare Effekte auf Wachstum und Beschäftigung auszulösen“, so die Wissenschaftler.

Für weitgehend wirkungslos halten sie zudem die Wiedereinführung der beschleunigten Abschreibung für Unternehmensinvestitionen und die befristete Kfz-Steuerbefreiung für Neuwagen. Dagegen sehe die Regierung 2009 und 2010 jeweils nur etwas mehr als eine Milliarde Euro zur Aufstockung öffentlicher Investitionen vor, obwohl diese „konjunktur- und wachstumspolitisch hoch effektiv“ wirkten.

Dabei ist für eine konjunkturgerechte Finanzpolitik genug Spielraum vorhanden, so die Autoren. Der kleine Überschuss der Haushalte in diesem Jahr wird 2009 zwar wieder von einem Defizit abgelöst. Dieses bleibe aber weit unter den Defizitgrenzen des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

Das IMK hält für 2009 ein Wachstumspaket mit einem Volumen von mindestens 25 Milliarden Euro oder einem Prozent des BIP für nötig. Die Ökonomen empfehlen eine Kombination aus Maßnahmen, die ohne große Sickerverluste bereits ab dem ersten Halbjahr 2009 wirken könnten. Um schnell den privaten Konsum zu stützen, sollten Anfang kommenden Jahres alle Haushalte Barschecks erhalten. Für eine Auszahlung von etwa 125 Euro pro Person ver-

anschlagt das IMK rund 10 Milliarden Euro.

In der zweiten Jahreshälfte könnten dann die konjunkturstützenden Wirkungen vermehrter öffentlicher Investitionen greifen. Das IMK empfiehlt kurzfristig zusätzliche Investitionen von 10 bis 12 Milliarden Euro. Sie sollten schwerpunktmäßig in die Bildung fließen, und zwar sowohl in Ausbau und Sanierung von Kindergärten, Schul- und Hochschulgebäuden als auch in zusätzliche Stellen für Erzieher, Lehrer und Hochschullehrer. Auch sei es sinnvoll, über das Konjunkturprogramm hinaus die öffentlichen Investitionen dauerhaft um 25 Milliarden Euro pro Jahr zu erhöhen.

Quelle: Achim Truger, Dieter Vesper: Öffentliche Haushalte 2008/2009: Spielräume für ein Konjunkturprogramm unzureichend genutzt, IMK Report Nr. 33 November 2008

Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Kündigung: Meist geht's ohne Rechtsstreit

Wenn Arbeitgeber Arbeitsverhältnisse beenden, läuft das für sie zumeist relativ konfliktarm und ohne hohe Kosten ab, zeigt eine neue repräsentative Befragung im Auftrag des WSI.* Damit bestätigt sie vorhergehende Forschungsergebnisse.

Wie werden in Deutschland Arbeitsverhältnisse beendet? Wer kündigt und wie läuft das Verfahren? Gibt es Streit um Geld oder geht man eher friedlich auseinander? Antworten suchte das WSI erneut mit einer aktuellen Untersuchung. Sie knüpft an mehrere große repräsentative Befragungen an: 2001 befragte das Forschungsinstitut erstmals Betroffene zur Beendigung ihrer Arbeitsverhältnisse. Personalleiter kamen 2003 in einer repräsentativen Befragung zur betrieblichen Personalpolitik zu Wort.

Als Folgeuntersuchung hat nun TNS Infratest Sozialforschung im Auftrag des WSI im Frühjahr 2008 rund 2.500 Personen befragt, die innerhalb des vergangenen Jahres ein Arbeitsverhältnis beendet hatten. Zentrale Erkenntnis: Die Befragungsergebnisse sind stabil. Und vor allem: Arbeitgeberkündigungen verlaufen nach wie vor weitgehend konfliktfrei. Lediglich bei einem geringen Teil der beendeten Arbeitsverhältnisse fließt eine Abfindung.

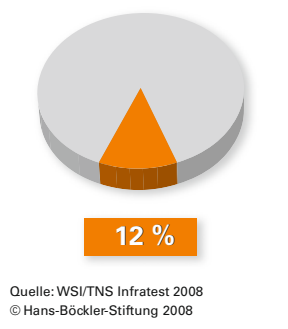
Kritiker des Kündigungsschutzgesetzes wollen die Schutzrechte für Arbeitnehmer weiter einschränken. Zuletzt lockerte der Gesetzgeber den Kündigungsschutz Ende 2004, indem er Betriebe mit weniger als zehn Beschäftigten davon ausnahm. Erklärtes Ziel waren mehr Rechtssicherheit, Transparenz und Flexibilität, um Hindernisse für Neueinstellungen abzubauen – allerdings ohne ersichtlichen Erfolg. Und zahlreiche empirische Studien aus den vergangenen zehn Jahren konnten keinen wesentlichen Einfluss des Kündigungsschutzes auf die Schaffung neuer Beschäftigung zeigen.

Obwohl seitdem der Kündigungsschutz gelockert wurde, bestätigte die neue Untersuchung weitgehend die früheren Ergebnisse:

- ▶ Arbeitnehmerkündigungen sind weiterhin der häufigste Grund, ein Arbeitsverhältnis zu beenden: Im Jahr 2001 gaben dies 39 Prozent der Befragten an, 2008 noch 31 Prozent. Arbeitgeberkündigungen nannten 2001 32 Prozent, in diesem Jahr 28 Prozent. Im Zeitvergleich gestiegen ist der Anteil einvernehmlicher Auflösungen und auslaufen der Befristungen.
- ▶ Kündigt der Arbeitgeber, kann der Betriebs- oder Personalrat dem widersprechen. Dies stärkt die Stellung des Gekündigten während eines möglichen Kündigungsschutzprozesses. Im Vergleich zu 2001 ist der Anteil der Widersprüche gestiegen, von 10 auf 18 Prozent.
- ▶ Die Klagequote hat sich bei Arbeitgeberkündigungen kaum geändert: In der Untersuchung 2001 betrug sie 11

Seltene Klagen

Von allen Betroffenen klagten 2007 gegen die Kündigung durch ihren Arbeitgeber ...



Prozent, 2008 ein Prozent mehr. Auch die WSI-Befragung der Personalleiter zur betrieblichen Personalpolitik brachte ein ähnliches Ergebnis: Hier ergab sich für die Jahre 1998 bis 2003 eine Klagequote von 15 Prozent.

- ▶ Nur konstant zehn Prozent bekamen bei der Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses eine Abfindung.

„Trotz intensiver Diskussionen um den Kündigungsschutz und um Abfindungen sind die Klage- und Abfindungszahlen erstaunlich stabil“, so die zusammenfassenden Ergebnisse der Studie. Die Gesetzesänderung im Jahr 2004 habe bei den betroffenen Kleinstbetrieben keinen Niederschlag in deren Einstellungs- oder Entlassungsverhalten gefunden.

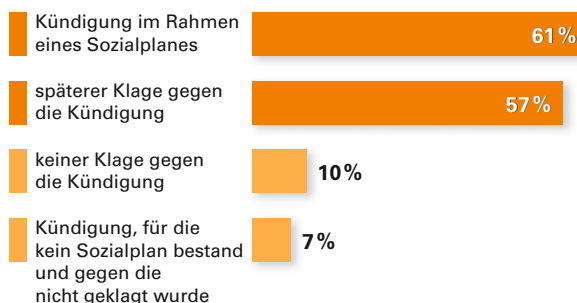
Nur 10,5 Prozent der Personalleiter hatte in den vergangenen drei Jahren wegen des Kündigungsschutzgesetzes auf Kündigungen verzichtet, ergab auch eine repräsentative Befragung der Universität Hamburg 2007, gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung. Gut 16 Prozent der Befragten gab an, wegen des Gesetzes von Einstellungen abgesehen zu haben. „Im Vordergrund stehen bei Neueinstellungen und Entlassungen wirtschaftliche Erwägungen, nicht juristische Hemmnisse“, resümierten seinerzeit die Leiter des Projekts.

„Die stabilen Daten über die Jahre belegen, dass der geltende Kündigungsschutz wirksame Verhaltenshinweise gibt und Rechtsfrieden herstellt“, folgern WSI und TNS Infratest. Mit der Änderung des Kündigungsschutzgesetzes könne keine effektive Beschäftigungspolitik gemacht werden. ◀

Abfindung nur für wenige

16% aller vom Arbeitgeber Gekündigten erhielten 2007 eine Abfindung.

Die Chance, eine Abfindung zu erhalten, liegt bei ...



Quelle: WSI/TNS Infratest 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

* Quellen: Miriam Gensicke, Heide Pfarr, Nikolai Tschersich, Karen Ullmann, Nadine Zeibig: Neue Erkenntnisse über die Beendigung von Arbeitsverhältnissen in der Praxis, erscheint in: Arbeit und Recht 12/2008. Heide Pfarr u.a.: Der Kündigungsschutz zwischen Wahrnehmung und Wirklichkeit; Florian Schramm, Ulrich Zachert (Hrsg.): Arbeitsrecht in der betrieblichen Anwendung; beide Rainer Hampp Verlag, München und Mering 2005 bzw. 2008

Download unter www.boecklerimpuls.de

Viele Mütter arbeiten kürzer, als sie möchten

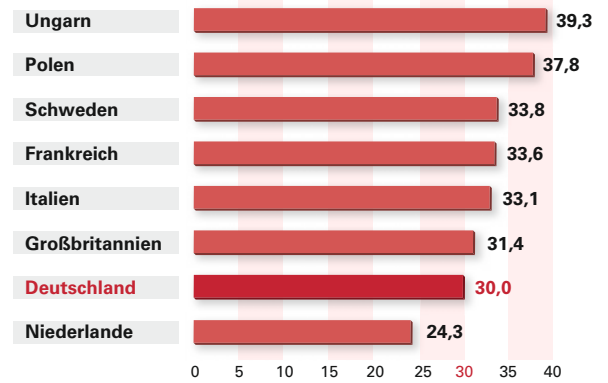
Die Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen hat sich zwischen 2001 und 2006 kaum verändert. Zwar haben mehr Frauen einen Job als noch zu Beginn des Jahrzehnts, aber im Schnitt arbeiten sie dafür weniger Stunden je Woche.

Die Quote liegt über dem EU-Schnitt und erfüllt bereits vier Jahre im Voraus das angestrebte Ziel der europäischen Beschäftigungsstrategie: 61,5 Prozent der Frauen in Deutschland gehen einem Beruf nach. Von 2001 bis 2006 stieg der Anteil der erwerbstätigen Frauen um fast drei Prozentpunkte. Dennoch: Die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern hat sich in diesem Zeitraum kaum verändert. Darauf weisen Forscher des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) hin, die im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung den ersten Arbeitszeit-Monitor 2001 bis 2006 erstellt haben.* Ihre Sonderauswertung des Mikrozensus zeigt: Umgerechnet auf Vollzeitstellen stagnierte die Erwerbsbeteiligung von Frauen. Das liegt daran, dass sich – Vollzeit und Teilzeit zusammen genommen – die effektiven wöchentlichen Arbeitszeiten von Frauen zwischen 2001 und 2006 von durchschnittlich 31,5 auf 30,2 Stunden reduziert haben.

Kurze Arbeitstage, geringes Einkommen. Das Gros der Teilzeitkräfte – 87 Prozent – ist weiblich. Die Arbeitszeiten von Frauen in Deutschland sind im europäischen Vergleich die zweitkürzesten, nur die Niederländerinnen kommen auf noch geringere Stundenzahlen. Laut IAQ kehren zwar mehr Mütter auf den Arbeitsmarkt zurück als noch zu Beginn des

Frauenarbeitszeiten in Europa

Die durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitsstunden von Frauen betragen 2006 in ...



Quelle: IAQ-Report 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

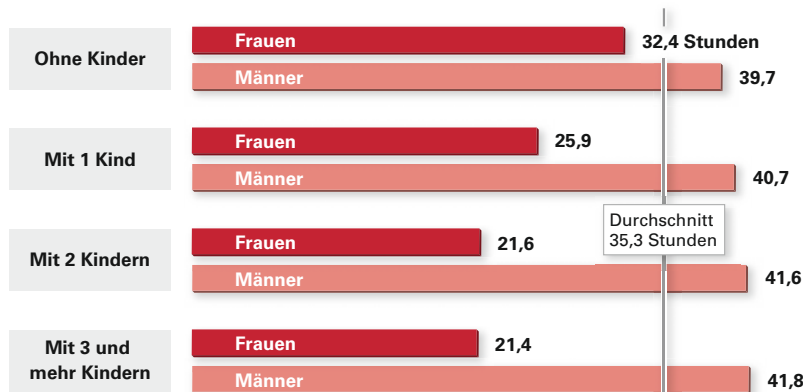
scheidung, wie viele Stunden sie am Arbeitsplatz verbringen. Eine spürbare Reduktion der Frauen-Arbeitszeiten fällt zudem mit der Reform der Minijobs 2003 zusammen, stellen die Wissenschaftler fest. Die neue Regelung der geringfügigen Beschäftigung verstärkte die steuerlichen Anreize insbesondere für Frauen, nur wenig dazu zu verdienen, und sie erleichterte es vielen Arbeitgebern, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in Minijobs aufzuteilen.

Keine egalitäre Arbeitsaufteilung.

Die Arbeitszeiten von Männern und Frauen entfernen sich voneinander. Obwohl auch bei Männern Teilzeitarbeit zwischen 2001 und 2006 etwas zunahm, wuchs der Abstand zwischen den durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten aller erwerbstätigen Männer und Frauen um eine halbe Stunde. Männer arbeiteten 2006 im Schnitt 40,1 Wochenstunden, Frauen nur 30,2. Die durchschnittliche Arbeitszeit von Müttern sinkt mit jedem Kind, bei Vätern nimmt sie hingegen zu. Das Einkommen vieler weiblicher Teilzeit- oder geringfügig Beschäftigten habe nur den Charakter eines Zuverdienstes, darum bleibe die finanzielle Abhängigkeit vieler Frauen von ihrem Ehepartner erhalten. Deutschland sei weit entfernt von einer egalitären Arbeitsaufteilung, folgern die IAQ-Experten. Vor allem Westdeutschland habe sich nicht vom traditionellen Familienbild gelöst. ◀

Die Traditionalisierungsfalle

Abhängig von der Zahl ihrer Kinder arbeiteten 2006 im Wochendurchschnitt...



Quelle: IAQ-Report 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

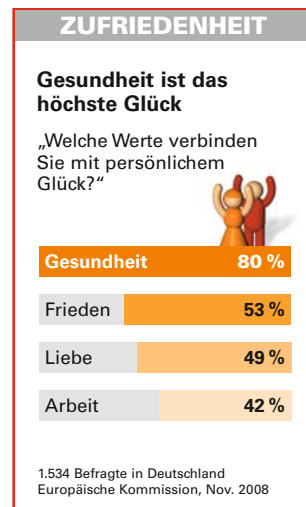
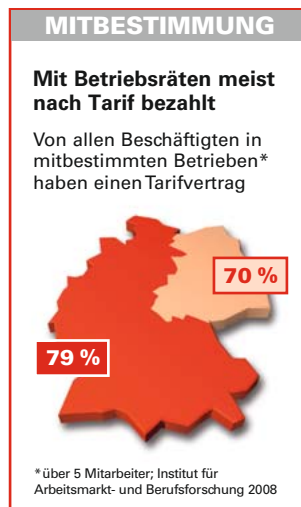
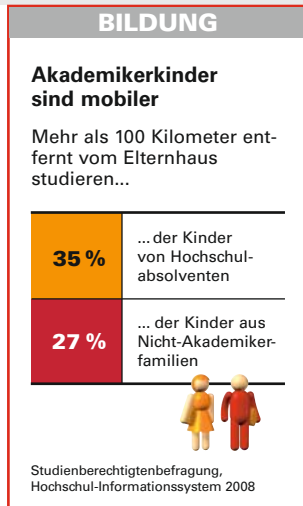
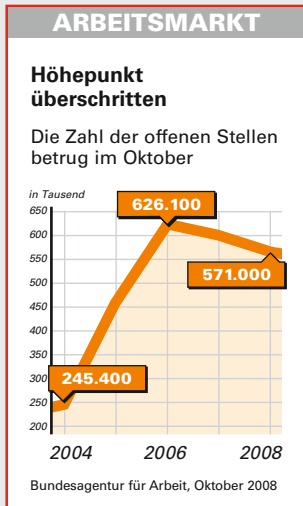
Jahrzehnts, doch nur für wenige Stunden pro Woche. 60 Prozent der westdeutschen und 20 Prozent der ostdeutschen Frauen sagen, sie arbeiten aufgrund von familiären und persönlichen Gründen weniger, als sie eigentlich möchten. Trotz der Ausweitung von Kinderbetreuungsangeboten beeinflussen Ehe und Kinder die Frauen weiterhin stark in der Ent-

* Quelle: Angelika Kümmerling, Andreas Jansen, Steffen Lehndorff: Immer mehr Frauen sind erwerbstätig – aber mit kürzeren Wochenarbeitszeiten, IAQ/HBS-Arbeitszeitmonitor, IAQ-Report 2008
 Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11/7778-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.)
Chefredaktion: Karin Rahn; **Redaktion:** Rainer Jung, Annegret Loges, Uwe Schmidt, Ernst Schulte-Holtey, Philipp Wolter
E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de; Telefon 02 11/77 78-286,
Fax 02 11/7778-207; **Druck und Versand:** Setzkasten GmbH,
Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Alle Grafiken zum Download (Nachdruck frei bei Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter www.boecklerimpuls.de

TrendTableau



► **EINKOMMEN:** Hartz-IV-Leistungen decken nicht das soziokulturelle Existenzminimum von Familien. Daher verstoßen die Regelsätze gegen das Grundgesetz. Zu diesem Urteil kommt das hessische Landessozialgericht. Das Gericht stützt sich auf mehrere Gutachten zum Bedarf von Familien mit Kindern – darunter eine Expertise der Verteilungsforscherin Irene Becker,

die in Arbeiten für die Hans-Böckler-Stiftung bereits auf Defizite beim Kinderregelsatz hingewiesen hatte. Das Sozialgericht kritisiert, es gebe keine hinreichenden Gründe, Kindern nur 60 Prozent des Regelsatzes für Erwachsene zugestehen. Es sei auch nicht nachvollziehbar, dass das sozialrechtliche Existenzminimum von Kindern unter dem steuerrechtlichen liege. Die

Hartz-Sätze verstießen gegen das Gleichheitsgebot, sie seien nicht mit der Menschenwürde und dem sozialen Rechtsstaat vereinbar. Endgültig entscheiden muss das Bundesverfassungsgericht. LSG Hessen, Oktober 2008

► **GENDER:** Haushalt und Familie sind in der EU nach wie vor Frauensache. Mit der Kindererziehung beschäftigten

sich Frauen im Durchschnitt 33 Stunden pro Woche, während Männer nur 18 Stunden aufwenden. Das geht aus einer Eurofound-Studie hervor. Weiter zeigt die Untersuchung, dass sich lediglich 29 Prozent der Männer täglich an Hausarbeiten wie Putzen oder Kochen beteiligen. Hingegen sind 79 Prozent der Frauen jeden Tag damit beschäftigt. Eurofound, November 2008